

Es bleibt nicht mehr viel Zeit, das Problem anzugehen.

Von Thomas Kesselring

20 Jahre nach der Umweltkonferenz von Rio.

Die ökologischen Herausforderungen sind grösser als je, die Welt ist gelähmt.

Die Rio-Konferenz vor 20 Jahren fand kurz nach Ende des Kalten Krieges statt. Die staatssozialistische Wirtschaft hatte abgedankt. Die freie Marktwirtschaft erschien alternativlos, was Francis Fukuyama dazu bewog, das „Ende der Geschichte“ auszurufen. Es herrschte Aufbruchstimmung, der Neoliberalismus geriet so richtig in Schwung, und die Hoffnung war gross, die Weltwirtschaft schlage den Pfad der Nachhaltigkeit ein. Ernst-Ulrich von Weizsäcker, damals Deutschlands bekanntester Ökologe, warnte, wir hätten für die ökologische Wende noch genau ein Jahrzehnt Zeit; verpassten wir dieses Zeitfenster, würde die Wende kaum noch gelingen.

Als eines der grössten Handicaps auf dem Weg zu dieser Wende erwies sich der „Nord-Süd“-Konflikt. Helmut Schmidt hatte ihn bildlich beschrieben als „Handel zwischen zwei Partnern, die im selben sinkenden Boot sitzen und einander drohen, das Leck an ihrer Seite noch zu vergrössern, wenn der andere nicht zuerst damit beginne, sein Leck abzudichten“. Der „Norden“ verlangte vom „Süden“, das rasche Bevölkerungswachstum zu drosseln und die tropischen Regenwälder zu schützen. Der „Süden“ weigerte sich, eine Mitverantwortung für die Umweltkrise anzuerkennen, die tatsächlich zum grössten Teil von den Industrieländern verursacht worden war. Im Jahr 1992 betrug der Anteil des reichsten Fünftels der Menschheit am globalen Sozialprodukt sechzigmal mehr als derjenige des ärmsten Fünftels und der Anteil am Welthandel sogar achtzigmal mehr. Die Diskrepanz im Konsum war entsprechend.

Wo stehen wir heute, zwanzig Jahre später? Die ökologischen Herausforderungen haben sich zugespitzt: Die *South Pacific Garbage Patches*, zwei schwimmende Plasticmüllinseln im Pazifik von Hunderttausenden Quadratkilometern Grösse, waren 1992 noch unbekannt. In manchen Regionen ist die Wasserknappheit akuter als vor zwei Jahrzehnten. Die Anzahl Flüsse wächst, die nicht mehr das ganze Jahr hindurch das Meer erreichen. Der Klimawandel ist weiter fortgeschritten, und über seine Dramatik weiss man heute besser Bescheid als damals. An der ersten Rio-Konferenz wurden wichtige Dokumente, wie die Klima- oder die Biodiversitäts-Konvention, verabschiedet, und die Dekade danach war reich an Absichtserklärungen. Aber Weizäckers Appell, die Kräfte zu bündeln, verhallte weitgehend ungehört - eine eigentliche Wende wurde nirgends eingeleitet. Das Kyoto-Protokoll von 1997 läuft dieses Jahr aus, ohne dass die meisten Länder die versprochenen Ziele erreicht hätten.

Gibt es dafür Fortschritte in anderer Richtung? Ja, der unvermutet rasche Aufstieg der Schwellenländer. Die hohen Wachstumsraten der BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China) lassen Amerikaner und Europäer fast vor Neid erblassen. Unter der Oberfläche schwelen aber auch in diesen Ländern Umweltprobleme. China, das einen Fünftel der Weltbevölkerung beherbergt, aber nur über sieben Prozent der Agrarflächen verfügt, leidet zunehmend an Wassermangel. In Indien sinken die Grundwasserspiegel ebenfalls beängstigend rasch. In den Metropolen des Südens zirkulieren heute fast ebenso viele Motorfahrzeuge wie vor zwanzig Jahren in den traditionellen Industrieländern, die Verkehrsstaus werden immer länger; Lärm und Gestank nehmen rasant zu, der Ausstoss von

Treibhausgasen explodiert förmlich. In Brasilien, dem Gastland der bevorstehenden Umweltkonferenz, wurden die Regenwälder während der letzten zwanzig Jahre eifrig dezimiert – in manchen Jahren um fast die halbe Fläche der Schweiz. Vor drei Wochen erliess das brasilianische Parlament sogar ein Gesetz, das illegale Abholzungen der letzten Jahre im Nachhinein legalisiert und die künftige Abholzung noch weiter erleichtert.

Es stimmt zwar, wir Europäer sind nicht befugt, die Schwellenländer dafür zu kritisieren, dass sie die Fehler, die wir ihnen vorgemacht haben, begierig imitieren, vervielfältigen und zu einem grotesken Zerrbild vergrössern. Doch heute ist Europa auch viel zu sehr mit sich selbst beschäftigt, um sich über die Exzesse in den Schwellenländern zu ereifern. Das globale Wohlstandsgefälle, das sich seit 1992 nicht abgeflacht hat, scheint uns Europäer gleichfalls nicht mehr sonderlich zu beunruhigen. Nach zwanzig Jahren „Globalisierung“ hat sich dieses Gefälle in die einzelnen Länder hineingefressen: Selbst das ärmste Land verfügt heute über einige Superreiche, während sich umgekehrt auch in den Ländern, die ökonomisch am besten dastehen, Armut ausbreitet. Die Staaten mit dem höchsten Sozialprodukt pro Person sind nicht mehr, wie 1992, die Schweiz und Japan, sondern Liechtenstein, Katar sowie Norwegen und die Länder mit dem niedrigsten nicht mehr Mosambik und Äthiopien, sondern Simbabwe und der Kongo. Aber das Gefälle zwischen den Extremen ist praktisch unverändert geblieben: In den reichsten Ländern verdienen die Menschen pro Tag im Schnitt immer noch mehr als die Menschen in den ärmsten Ländern während eines ganzen Jahres. Die internationale Ordnung ist also nicht gerechter geworden.

Zu den Gründen der Weltarmut gibt es zwar immer wieder neue Theorien, doch diese haben an den Fakten nicht viel verändert. Diese Theorien lassen sich zwei entgegengesetzten Lagern zuordnen. Die Vertreter des einen argumentieren, die ökonomisch armen Gesellschaften seien an ihrer Lage selber schuld: Weshalb wächst dort die Bevölkerung so rasant? Weshalb hat man nicht auf Industrialisierung und Modernisierung gesetzt? Warum gibt es immer noch so viel Korruption? Die Vertreter des anderen Lagers suchen die Ursachen eher in den „Nord-Süd“-Beziehungen selber: Weite Teile des „Südens“ fungieren seit der Kolonialzeit als Ressourcenlieferanten. Sie haben den Ökonomien des „Nordens“ den Aufbau eines Sozialstaats und Wohlstand ermöglicht. Beide Positionen haben teilweise recht, und so wird die Frage nach der Verantwortung gerne wie eine heisse Kartoffel hin- und hergeschoben. – Jüngeren Datums ist eine dritte, neutralere Erklärung: Die Entwicklungschancen einer Gesellschaft werden nicht zuletzt durch geographische Faktoren beeinflusst: Florierende Industriegesellschaften entstehen schwerlich in Polargebieten, aber auch nur ausnahmsweise am Äquator. Binnenländer ohne eigene Meerhäfen hängen von der Verkehrs-Infrastruktur ihrer Nachbarländer ab. Uganda z.B. grenzt an den Sudan, Kenya, Tansania, den Kongo – alles Länder mit miserablen Strassen. Bolivien oder Nepal, ebenfalls Binnenländer, sind zudem gebirgig, was den Transport zum Meer zusätzlich erschwert. Ein geographischer Nachteil ist paradoxerweise auch der Ressourcenreichtum: Rohstoffreiche Länder – etwa Angola, Nigeria, Kongo oder der Irak – waren immer wieder Magneten für Gewalt und Krieg. Die Aussicht einiger Weniger auf raschen Gewinn schafft dort eine hierarchische Gesellschaft, die schwer demokratisierbar ist, und erschwert den Aufbau produktiver Unternehmen.

Das steile globale Wohlstandsgefälle ist und bleibt ein Skandal. Und dieser dürfte sich gemäss Prognosen des Weltklima-Rats noch verschärfen: Der Klimawandel wird viele ärmere Länder, die zu seiner Entstehung so gut wie nichts beigetragen haben, voraussichtlich besonders stark treffen: *Erstens* liegen manche dieser Länder in Zonen, in denen der landwirtschaftliche Ertrag zurückgehen wird. *Zweitens*

fehlen ihnen die finanziellen Mittel für Schutz und Prävention. Länder wie Bangadesch sind dem Ansteigen des Meeresspiegels ebenso ausgeliefert wie Holland und die USA, können sich aber den Deichbau gegen eine Überflutung nicht leisten. *Drittens* wird wegen des stärkeren demographischen Wachstums in diesen Ländern künftig ein höherer Anteil der Weltbevölkerung leben. Wenn die Niederschläge, die im Spätsommer 2010 zwei Fünftel der Fläche Pakistans und im Herbst 2011 die Stadt Bangkok unter Wasser gesetzt haben, mit dem anthropogenen Treibhauseffekt zusammenhängen, dann bedeutet dies, dass die Bevölkerungen Pakistans bzw. Bangkoks die Folgen eines Lebensstils, von dem sie selber kaum profitiert haben, im wörtlichen Sinne „ausbaden“ mussten.

Es bleibt nicht mehr viel Zeit, die heisse Kartoffel zwischen Nord und Süd, zwischen West und Ost weiter hin- und herzuschieben. Den ersten und entscheidenden Schritt aus dem Zustand der Lähmung heraus sollten die hochindustrialisierten Länder tun. Dies umso mehr, als sie laut Weltklimarat den Ausstoss ihrer Treibhausgase bis 2050 um gute neun Zehntel zurückfahren müssen, wenn die Klimaerwärmung bei 2 Grad gestoppt werden soll. Das ist keine Kleinigkeit. Doch diese Länder haben jetzt andere Sorgen: Die mit der Deregulierung der Märkte verbundenen Heilsversprechen haben sich als masslos übertrieben erwiesen, die entfesselten Finanzmärkte haben die Weltwirtschaft nicht beflügelt, sondern an den Rand eines Abgrunds geritten. Die Verschuldung der Entwicklungsländer, die seinerzeit Schlagzeilen machte, erscheint im Vergleich zur heutigen Schuldenkrise der hochentwickelten Länder wie ein Klax. Und jetzt sollen diese den Entwicklungsländern beim Klimaschutz unter die Arme greifen? Erst muss man doch die eigenen Wunden lecken...

Dennoch – wer sonst, ausser China, könnte im Klimaschutz die Vorreiterrolle übernehmen? Die Industrieländer haben das *Know how* zur flächendeckenden Einführung einer energie- und ressourcensparenden Technologie, und sie können diese an die Entwicklungsländer weitergeben. Das wäre die Wachstumsbranche der Zukunft! Der sparsamere Umgang mit Energie und Ressourcen würde Raum schaffen für den Wohlstandszuwachs, den die ärmsten Gesellschaften so dringend benötigen. Das Ganze ist eine Frage des kollektiven Willens. [9517]